

Antrag

Initiator*innen: Annika Bachmann

Titel: Menschenrechte Jordanien

Antragstext

1 Wir, die Grüne Jugend Sachsen-Anhalt, verurteilen die zunehmenden
2 Menschenrechtsverletzungen in Jordanien und solidarisieren uns mit den
3 friedlichen Aktivist*innen, die sich vor Ort und in Deutschland für Demokratie
4 und eine aktive Zivilgesellschaft einsetzen.

5 Um den Ansprüchen einer an den Menschenrechten orientierten Außenpolitik gerecht
6 zu werden und als eine Maßnahme um der weiteren Verschärfung des Nahost-
7 Konflikts entgegenzuwirken, fordern wir deutsche Politiker*innen auf, sich
8 stärker für die Menschenrechte in Jordanien und die Anliegen derer, die sie
9 verteidigen einzusetzen.

10 Im Hinblick auf Deutschlands Rolle als enger Kooperationspartner von Jordanien
11 in der Flüchtlings- und Sicherheitspolitik sowie der Entwicklungszusammenarbeit
12 gehören dazu die folgenden konkreten Maßnahmen:

- 13 1. Überprüfung des Einsatzes finanzieller Hilfen für Jordanien bezüglich
14 ihrer Vereinbarung mit den Zielen des Menschenrechtsschutzes sowie der
15 Korruptionsbekämpfung.
- 16 2. Klare Haltung zu den Menschenrechtsverletzungen von Seiten des
17 jordanischen Regimes zeigen und diese in der öffentlichen Kommunikation
18 verurteilen.
- 19 3. Die stärkere Einbindung jordanischer Menschenrechtsaktivist*innen auf
20 Bundesebene bei Gesprächen mit thematischem Bezug zu Jordanien.

- 21 4. Jordanischen Regierungsvertreter*innen, die in Menschenrechtsverletzungen
22 verwickelt sind auf Veranstaltungen in Deutschland keine Bühne mehr geben.
- 23 5. Die Erleichterung der Visumsvergabe für jordanische
24 Menschenrechtsverteidiger*innen und politische Aktivist*innen.
- 25 6. Die Einrichtung einer Beschwerdestelle für Menschenrechtsverletzungen in
26 der Deutschen Botschaft Amman.
- 27 7. Der Stop von Waffenlieferungen nach Jordanien.

28 Diese Forderungen richten sich insbesondere an den Bundesvorstand von Bündnis
29 90/Die Grünen, Luise Amtsberg (Beauftragte der Bunderegierung für
30 Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt) sowie grüne
31 Bundestagsmitglieder der Ausschüsse „Menschenrechte und humanitäre Hilfe“,
32 „Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ und „Auswärtiges“.

Begründung

Als (inhaltlich) parteiunabhängige Jugendorganisation von BÜNDNIS 90/Die Grünen sehen wir es als unsere Aufgabe, politische Entscheidungen und Verhalten grüner Parteivertreter*innen kritisch zu hinterfragen. Durch die aktuellen Regierungsbeteiligung von BÜNDNIS 90/Die Grünen und deren Verantwortlichkeit über das Auswärtige Amt, sollten wir auch das Politikfeld Außenpolitik und Internationales stärker in den Fokus nehmen.

BÜNDNIS 90/Die Grünen verfolgt das außenpolitische Ziel, Menschenrechte zu schützen und Menschenrechtsverteidiger*innen zu unterstützen.[\[1\]](#) Das ist auch die offizielle Position des Auswärtigen Amt unter grüner Verantwortung.[\[2\]](#)

Im Nahen Osten gilt Jordanien als wichtiger Kooperationspartner Deutschlands. Die bilateralen Beziehungen beziehen sich insbesondere auf die Sicherheits- und Flüchtlingspolitik sowie die Entwicklungszusammenarbeit. Deutschland ist seit einigen Jahren der zweitgrößte internationale Geldgeber Jordaniens und das Königreich eines der Hauptempfänger deutscher Entwicklungshilfegelder.[\[3\]](#) Daran änderte sich grundlegend auch unter der Ampel-Koalition nichts. Im Jahr 2021 erhielt Jordanien 430 Mio. € und erst Anfang Oktober wurden in deutsch-jordanischen Regierungsverhandlungen erneut Summen in der Höhe von 418 Mio.€ genehmigt.[\[4\]](#)

Jordanien gilt als nicht-freies, autoritäres Regime[\[5\]](#). Verschiedene Menschenrechtsorganisationen, wie *Human Rights Watch* und *CIVICUS*, berichten verstärkt von einer alarmierenden Entwicklung der Menschenrechtssituation. Mithilfe fragwürdiger Gesetze schränken Behörden Grundrechte, wie die Meinungs-, Versammlungs- und Reisefreiheit, ein. Unter Vorwürfen der Majestätsbeleidigung,

Volkesverhetzung und Spionage werden Personen, die eine von der politischen Elite abweichende Meinung vertreten sowie deren Familien verfolgt und inhaftiert. Es treten wieder vermehrt Fälle von Folter auf - erst im September 2022 starb ein Aktivist unter Folter in einem jordanischen Gefängnis.[6]

Das geschieht trotz den vom jordanischen König Abdullah II. bin al-Hussein angekündigten „demokratischen Reformen“, die von der deutschen Regierung hoch gelobt werden. Expert*innen sehen diese lediglich als Versuch, die tatsächliche Menschenrechtslage zu vertuschen und die politische Macht weiter in den Händen des Königs zu zentrieren.[7]

Menschenrechtsorganisationen fordern daher die internationalen Partner*innen und Geldgeber*innen Jordaniens - zu dessen wichtigsten Deutschland gehört - daher auf, öffentlich und ausdrücklich alle Verstöße gegen die Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit zu verurteilen und sicherstellen, dass die Achtung dieser Freiheiten eine Voraussetzung für alle bestehenden Programme ist.[8]

Öffentliche Statements der Bundesregierung beschränken sich jedoch lediglich auf wertschätzende Worte zu Jordaniens „konstruktiver Rolle“ im Nahostkonflikt und Solidaritätsbekundungen aufgrund dessen „Engagement“ bei der Aufnahme Geflüchteter. [9] Auch wenn das durchaus wichtige Punkte sind, dürfen die Fehler der Großen Koalition nicht wiederholt werden, indem eine unkritische Haltung gegenüber autoritären Regimen eingenommen wird, solange das den eigenen politischen Interessen dient. Menschenrechte müssen sofort in den Mittelpunkt deutscher Politik gerückt werden!

Um dem eigenen Anspruch einer an den Menschenrechten ausgerichteten Außenpolitik gerecht zu werden, sollte die Bundesregierung in Bereichen deutsch-jordanischer Kooperation gegen die weitere Autokratisierung des Landes handeln. Damit ist keine hegemoielle innenpolitische Intervention gemeint, sondern die tatsächliche aktive Unterstützung der Zivilgesellschaft und eine kritische (öffentliche) Haltung gegenüber des jordanischen Regimes. Konkrete Handlungsmöglichkeiten gibt es viele - wir haben einige in unseren Forderungen zusammengefasst.

[1]<https://www.gruene.de/themen/frieden-und-menschenrechte>

[2]<https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/menschenrechte/01-menschenrechte-fundament>

[3]<https://www.bmz.de/de/laender/jordanien>

[4]<https://www.bmz.de/de/aktuelles/aktuelle-meldungen/regierungsverhandlungen-mit-jordanien-125088>

[5] Vgl. Freedom House Index oder Democracy Index

[6] Vgl. <https://monitor.civicus.org/country/jordan/>;
<https://www.hrw.org/news/2022/09/18/jordan-government-crushes-civic-space>

[7] Vgl. ebd.

[8] Ebd.

[9]<https://www.bmz.de/de/aktuelles/aktuelle-meldungen/regierungsverhandlungen-mit-jordanien-125088>;
<https://www.bmz.de/de/laender/jordanien>;
<https://www.zeit.de/news/2022-02/11/baerbock-besucht-fluechtlingssiedlung-in-jordanien>